

[47-8.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss jetzt einen kleinen Schnitt machen nach so viel Pathos. Es ist gut, wenn eine Stadt einen Haushalt hat, da sind wir uns einig, und deswegen ist ja auch um den Haushalt für das Jahr 2026 gerungen worden. Das hat Dimi Bakakis eben skizziert. Ich persönlich finde übrigens nicht, dass es undemokratisch ist, den Haushalt jetzt zu beschließen. Gut und richtig wäre es allerdings gewesen, wenn wir ihn im letzten Jahr beschlossen hätten, wie es eigentlich vorgesehen ist.

(Beifall)

Der Kämmerer hat vieles, worauf er vielleicht stolz sein kann, aber fristgerecht und rechtzeitig einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 vorgelegt hat er leider nicht, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Wisst ihr was, Freunde? Vor einer Wahl wollen die Menschen wissen, was in den nächsten fünf Jahren passiert, und nicht immer nur Vergangenheitsbewältigung betreiben.

(Beifall)

Das haben hier noch nicht alle verstanden. Beim Haushalt, der jetzt beschlossen wird, waren auch wir bereit, die Hand zu reichen - wir hätten ihn gerne etwas besser gemacht -, aber es haben sich andere Mehrheiten gefunden. Jetzt bekommen wir einen Haushalt, der an dem Punkt übrigens seinem Entwurf entspricht, nämlich einen, der den Titel „Frankfurt kennt kein Limit“ trägt, und das gilt insbesondere für die Verschuldung dieser Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Entwurf waren schon vorher neue Schulden in Höhe von einer Dreiviertelmilliarde Euro eingeplant. Damit würden und werden wir auch sehr wahrscheinlich in diesem Jahr die Drei-Milliarden-Euro-Grenze der Gesamtverschuldung überspringen. Zum Haushalt gehört ja auch immer ein Ausblick auf die Folgejahre. Bis ins Jahr 2029 sollen aus drei Milliarden Euro Schulden sechs Milliarden Euro Schulden werden. Das ist der Fahrplan dieser Koalition, meine Damen und Herren. Der wird heute beschlossen, die Linke hilft dabei mit, und den nachfolgenden Generationen wird jedes Jahr ein neuer, unglaublich schwerer Mühlstein mit neuen Schulden um den Hals gehängt. Ich frage Sie: Ist das Nachhaltigkeit?

(Beifall, Zurufe)

Dann kommt natürlich immer als Antwort, ja, aber wir machen doch so viele Investitionen und das ist ja auch ein Rekordhaushalt, was die Investitionen angeht - 1,35 Milliarden Euro, so steht es in der Pressemitteilung, darauf ist der Kämmerer auch sehr stolz. Wir sagen, das ist ein Potemkinsches Dorf im Megaformat, meine Damen und Herren. Hier wird ein unglaublicher Popanz an angeblichen Investitionen aufgebaut. Viele dieser Maßnahmen, die da zusammengerechnet wurden, können in diesem Jahr gar nicht mehr begonnen werden. Deswegen handelt es sich hier um eine Mogelpackung für die Frankfurterinnen und Frankfurter, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Gleichzeitig hätten diejenigen, die jetzt noch mal monatelang verhandelt haben - wobei ich anmerken will, dass die Verhandlungen, jedenfalls mit uns, erst im November begonnen haben, damit hätte man vielleicht auch früher starten können, denn die schwierigen Mehrheitsverhältnisse waren seit dem Sommer bekannt -, auch die Möglichkeit gehabt, mit diesem Haushalt eine historische Fehlentscheidung zu korrigieren. Diese Fehlentscheidung wird aber heute nicht korrigiert, vielleicht wird es nach der Wahl geschehen, und zwar geht es um eine Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer in dieser Stadt. GRÜNE, SPD, FDP und Volt haben Ende 2024 den Hebesatz von 500 auf knapp 855 Punkte, angehoben und wir sagen nach wie vor, das ist sozialpolitisches Versagen, meine Damen und Herren, denn es betrifft die Breite der Bevölkerung.

(Beifall)

Da können Sie den Kopf schütteln, Frau Busch, soviel Sie wollen. Uns sind etwa 100.000 Haushalte in dieser Stadt, für die die Grundsteuer um mehr als das Doppelte steigen wird, nicht egal, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Uns sind auch die Leute nicht egal, für die neben der Grundsteuer auch noch, das haben wir heute gehört, deswegen sind wir up to date, die Müllentsorgung teurer wird, die

Straßenreinigung teurer wird und die Abwassergebühren steigen werden, nach allem was man hört. Meine Damen und Herren, die Stadt Frankfurt und die politische Mehrheit in diesem Haus trägt ihren Teil dazu bei, dass die Wohn- und Lebenshaltungskosten der Menschen in dieser Stadt steigen und steigen, obwohl es hier politisch möglich gewesen wäre, mit dem Haushalt eine Korrektur vorzunehmen, die wir als CDU nach wie vor anstreben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Jetzt komme ich noch mal zu den Geschenken - so wird es ja verkauft -, die Sie mit den Linken vereinbart haben. Deckungsmaßnahmen dafür: völlige Fehlanzeige! Dazu findet sich nichts, auch nicht in langen Pressemitteilungen oder in einem Termin mit der Presse am Dienstag, dem wir mit Spannung entgegengesehen hatten. Das heißt, die Kosten für etwa 90 Millionen Euro Zusatzausgaben kommen obendrauf. Die einzige Deckungsmaßnahme, die wir gefunden haben, umfasste etwas weniger als 5 Millionen Euro, also kommen 95 Prozent von dem, was jetzt hier mit der Linken vereinbart wurde, noch mal als Schulden obendrauf, meine Damen und Herren. Wenn ich das dazuzähle, dann hätte man die Grundsteuersenkung, die wir richtig finden und die der Kämmerer in seiner Antwort auf eine unserer Fragen im letzten Jahr mit 90 Millionen Euro taxiert hat, gleich zweimal machen können, meine Damen und Herren. Das wäre offenbar möglich gewesen, aber es ist von Ihnen politisch nicht gewollt. Das wird hoffentlich nach dem 15. März korrigiert werden.

(Beifall)

Zu den Maßnahmen selbst: Ein gutes, gesundes Frühstück für Kitakinder und Grundschüler finden wir übrigens auch gut, das haben wir auch im Jahr 2024 schon mit Haushaltsanträgen auf den Weg bringen wollen. Wie einige andere - auch die Presse - sind wir der Meinung, dass man vielleicht nicht alle zwangsbeglücken muss. Vielleicht könnte man erst mal danach schauen, wer das überhaupt braucht und will. Insofern wäre ein Pilotprojekt vermutlich die klügere Maßnahme gewesen. Aber in der Sache selbst finden wir das auch wichtig.

Nun komme ich zu den Belegungsrechten für die 10.000 Sozialwohnungen. Das hört sich toll an, aber da muss man auch mal mit Leuten aus der Praxis sprechen. Die haben sich in Frankfurt relativ schnell zu Wort gemeldet. Wir sind zwar auch eine Partei, die die Belegungsrechte als Instrument richtig findet, man muss aber der Wahrheit die Ehre geben und sagen: Die gehen nicht weg wie warme Semmeln! Belegungsrechte möchte die Stadt ja kaufen, um dann in die entsprechenden Wohnungen auch Mieterinnen und Mieter einweisen zu können, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Sie brauchen aber nicht nur eine Stadt, die bereit ist, für dieses Belegungsrecht Geld zu bezahlen, Sie brauchen auch Vermieter, die bereit sind, ihre Wohnung zur Verfügung zu stellen. Das hat sich in den letzten Jahren als ein zähes Geschäft erwiesen. Und deswegen ist die Wahrheit, dass diese 10.000 Sozialwohnungen mehr oder weniger alle bei der ABG geschaffen werden müssen, so wie Sie es ja auch schon angekündigt haben. Das bedeutet am Ende auch, hier werden neue Gewinner und Verlierer definiert - wir kennen das schon aus dem Straßenverkehr in den letzten fünf Jahren. Die Gewinner und Verlierer teilen sich bei dieser Thematik quantitativ relativ gut auf: 90 Prozent der Haushalte und der Menschen in dieser Stadt haben

in Zukunft dann eben keine aussichtsreichen Chancen mehr, wenn sie sich für eine ABG-Wohnung bewerben, weil die Wohnungen künstlich reserviert werden für zehn Prozent derjenigen in dieser Stadt, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Die anderen werden aus der Stadt gedrängt. Das ist alles mögliche, aber keine soziale Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall, Zurufe)

Dabei vergessen Sie völlig, dass es eigentlich Aufgabe der ABG ist, für breite Teile der Bevölkerung Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

(Zurufe)

Eine wichtige Aufgabe, der die ABG aber in Zukunft dann nicht mehr nachkommen kann. Sie treiben die soziale Spaltung der Frankfurter Bevölkerung voran.

(Beifall, Heiterkeit)

Das wundert euch, aber das kriegt ihr von uns leider völlig zu Recht gesagt. Und wenn man schon sagt, man will nicht die einen gegen die anderen ausspielen, indem ein sehr knappes Gut, nämlich die Wohnungen - auch die Wohnungen der ABG - für einen Großteil der Menschen in dieser Stadt gesperrt wird, welche im Normalfall völlig zu Recht eine Chance hätten, sich auf diese zu bewerben, dann wäre das städtische Wohngeld, das wir vorschlagen und nach der Wahl einführen wollen, die richtige Maßnahme, denn das bekämen alle und nicht nur diejenigen, die zufällig Glück haben und in den Segen Ihrer Maßnahmen kommen.

Dann komme ich noch mal zu der Gratiskinderbetreuung für Ein- und Zweijährige, die wir natürlich auch gut finden - alles, was gratis ist, ist ja per se schön. Die Frage ist aber: Brauchen das alle? Die Frage ist: Gibt es die Plätze überhaupt?

(Zurufe)

Oder landen wir auch da am Ende bei denjenigen, die draußen stehen, weil sie keinen Platz haben, und sich darüber freuen dürfen, dass diejenigen, die einen Platz bekommen haben, diesen auch noch gratis bekommen? Das sehen wir anders. Wir sind der Meinung, es sollten erst mal all die Plätze geschaffen werden, die wir in dieser Stadt brauchen und die nach wie vor nicht vorhanden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dazu kommt ja auch noch die Gerechtigkeitsfrage. Ist es gerecht, wenn der Paketlieferant mit seinen Kindern, der Steuern für seine Arbeit zahlt - übrigens auch Miete, zu deren Erhöhung Sie ja durch die immer stärker steigenden Wohnnebenkosten kräftig beitragen -, auch noch die Gratisbetreuung für die Kinder seines Chefs bezahlen muss, obwohl der das locker selber machen könnte? Wir sagen: Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht gerecht!

(Beifall)

Ist es gerecht, wenn die pflegebedürftige Rentnerin mit ihren Steuern und ihrer Miete in Frankfurt die Gratiskinderbetreuung für den wohlhabenden Nachbarn bezahlen muss? Nein, meine Damen und Herren, aber das ist Ihnen völlig egal!

(Zurufe)

GRÜNE, SPD, Volt und Linke sagen, das interessiert sie nicht. Da kann ich nur sagen: Diese Politik macht vieles für viele in dieser Stadt deutlich teurer, und das ist unsozial, meine Damen und Herren.

(Beifall, Zurufe)

Dazu komme ich übrigens noch, es bleibt ja nicht dabei.

Sie haben zudem zusammen mit der Linken die Einführung einer Verpackungssteuer beschlossen. Das bedeutet in Zukunft - wenn Sie es so machen wie in Tübingen, aber dafür spricht ja viel - 50 Cent Aufschlag für alle Produkte, die eine Verpackung haben. Döner, Pizza, Kaffee, Eis - alles kostet mehr Geld, und das trifft am Ende natürlich auch die Familien, meine Damen und Herren. Wir konnten diese Woche in der Zeitung lesen - und es handelt sich nicht um eine Pressemitteilung von uns -: Wenn eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern sich die Menüs holen will, dann werden aus bisher 20 Euro in Zukunft 35 Euro. Auch das ist GRÜNEN, SPD, Volt und der Linkspartei egal, meine Damen und Herren.

(Beifall, Zurufe)

Außerdem haben Sie mit Ihrer Mehrheit ja letztes Jahr die Erbbaurechte neu organisiert. Da kann ich nur sagen: Fragen Sie mal die Mitglieder der Siedlergemeinschaft in Goldstein, wie sie das finden, dass ihre Erbbauzinsen weiterhin explodieren werden, auch nach Ihrer Neuregelung. Das ist der Koalition und der Linkspartei ebenfalls egal, meine Damen und Herren, obwohl man das hätte korrigieren müssen.

(Beifall)

Dieser Haushalt steht für ein Weiter-so in unserer Stadt, und der nächste Haushalt muss für einen Politikwechsel stehen, meine Damen und Herren. Dafür werben wir und deswegen ist dieser Haushalt eine Beschreibung des Istzustandes in dieser Stadt. Aber er kann nicht den richtigen Weg in die Zukunft weisen. Ich werde mich dann gleich noch mal in einem zweiten Wortbeitrag melden, um Ihnen aufzuzeigen, an welchen Stellen wir in dieser Stadt vor Defiziten stehen, die dieser Haushalt nicht beheben wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall, Zurufe)